

Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 1658/2022)

Eingereicht am 02.06.2022 um 14:50 Uhr.

gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Organisations- und Personalausschuss, Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss), Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Steigerung des Anteils der LHH-Beschäftigten mit Migrationsgeschichte

**Antrag,
zu beschließen:**

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend dem Leitbild im Strategiepapier „Wir sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt. Strategien für Migration und Teilhabe“ die Anzahl bzw. den Anteil der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte bei der Landeshauptstadt Hannover deutlich zu erhöhen, soweit dies im Rahmen gesetzlicher Maßgaben möglich ist.

Das Ziel soll es sein, den Anteil von Menschen mit einer Migrationsgeschichte an der Stadtbevölkerung möglichst auch in der Beschäftigungsstruktur der Verwaltung abzubilden. Eine möglichst gleichmäßige Verteilung insbesondere in den höheren Besoldungs-/Entgeltgruppen wird angestrebt, auch um die interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen von Menschen mit einer Migrationsbiografie zu nutzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen

- konkrete Förderpläne zur Gewinnung und Qualifizierung von Personal erarbeitet und vor Ende des Jahres den Ratsgremien vorgelegt,
- über die Umsetzung der Förderpläne einmal jährlich im Internationalen sowie im Organisations- und Personalausschuss berichtet werden,
- die Ermessensspielräume innerhalb der rechtlichen Regelungen ausgeschöpft werden, um eine größere Flexibilität bei Stellenausschreibungen und -besetzungen zu erreichen,
- Beschäftigte mit einer Migrationsgeschichte verstärkt die Möglichkeit und die Unterstützung erhalten, interne Lehrgänge erfolgreich zu absolvieren, die eine Laufbahn auf der gehobenen bzw. der höheren Verwaltungsebene ermöglichen,
- das Arbeitgeber*innenmarketing der Landeshauptstadt Hannover intensiviert werden, so dass die LHH stärker als attraktive Arbeitgeberin, insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte,
- über die kommunalen Interessenvertretungen auf Landes- und Bundesebene darauf hingewirkt werden, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem In- und Ausland verbessert werden.

Begründung

Die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft in Hannover bildet sich noch nicht in der Stadtverwaltung ab; vielmehr scheinen Menschen mit einer Migrationsbiografie trotz gleicher oder höherer Qualifikation hier weiterhin unterrepräsentiert zu sein – insbesondere in höheren und höchsten Entgelt-/Besoldungsgruppen.

Im Zuge der Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans wurden im Strategiepapier „Wir sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt. Strategien für Migration und Teilhabe“ (Anlage 1 zur DS 0108/2021) für das Handlungsfeld „Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung“ als eine von zwei Hauptaufgaben formuliert: „Die Zusammensetzung der Stadtgesellschaft in der Belegschaft der Stadtverwaltung zu spiegeln“.

Als zweite Hauptaufgabe für dieses Handlungsfeld benennt das Strategiepapier: „Die städtischen Dienstleistungen für alle Menschen in Hannover in gleicher Qualität zu erbringen.“ Hierzu können Beschäftigte mit einer Migrationsgeschichte mit ihren interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen erheblich beitragen.

Die Erhöhung des Beschäftigtenanteils mit einer Migrationsbiografie weist klare sozial-, bildungs- und integrationspolitische Vorzüge auf. Durch die Erhöhung des Beschäftigtenanteils mit einer Migrationsgeschichte sorgt die Landeshauptstadt Hannover für mehr Chancengerechtigkeit und wird ihrer Vorbildfunktion als kommunale Arbeitgeberin gerecht. Zudem können Beschäftigte mit einer Migrationsgeschichte durch ihren Bildungserfolg und aufgrund ihrer beruflichen Aufstiegserfahrung bei der LHH als Vorbilder für andere Menschen mit einer Migrationsbiografie fungieren.

Hannover / 03.06.2022